



SP-Fraktion/Legislaturhalbzeitbilanz Pressekonferenz vom 6. Juli 2011

Inhalt

Begrüssung	Markus Schneider
Finanzen	Susanne Schaffner-Hess
Wirtschaft	Philipp Hadorn
Bildung	Franziska Roth
Soziales	Peter Schafer
Gesundheit	Fränzi Burkhalter-Rohner
Energie	Urs Huber
Schluss	Jean-Pierre Summ

**FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE** ja 

Begrüssung

Markus Schneider, Solothurn, Kantonsrat und Fraktionspräsident

Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienkonferenz, an der wir eine Halbzeitbilanz zur Legislatur 2009 bis 2013 ablegen. Wie Sie sicher mitbekommen haben, segelt unsere Partei mit dem Claim „Für alle statt für wenige“ in die Wahlen. Als Leitlinie gilt das für uns aber schon seit je

- Wir orientieren uns inhaltlich an den Anliegen jenes Teils der Bevölkerung mit mittleren und tiefen Einkommen. Mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Kaufkraft, ein gutes und bezahlbares Gesundheitswesen, mehr und bessere Bildung waren schon in der letzten Legislatur unsere Anliegen und mit ihnen sind wir auch zu den letzten kantonalen Wahlen angetreten.

- „Für alle statt für wenige“ heisst aber auch, dass wir zu allen politischen Themen Ideen haben und Lösungsvorschläge anbieten und uns nicht nur auf jene Themen beschränken, die gerade en vogue sind, und in diesen Politikbereichen vertreten wir unsere Auffassungen mit einer grossen Konstanz. Voraussetzungen dafür sind: klare und Zielsetzungen, frühzeitiges Benennen der Probleme und schliesslich berechenbare und verlässliche Forderungen. Das bewahrt uns davor, Demokratie mit Demoskopie zu verwechseln und - so wie wir das bei anderen Parteien sehen - als inhaltliche und programmatische Wanderdünen zu funktionieren.

Im Sinne dieser Ausrichtung setzten wir in den verschiedensten Bereichen Akzente, worauf meine FraktionskollegInnen eingehen werden:

- **Susanne Schaffner** wird Ihnen unsere Positionen zur Finanzpolitik darlegen und Ihnen zeigen, dass unsere Haltung Kontinuität aufweist und dass dies gerade auch die die kantonale Finanzpolitik braucht. Wir sind dagegen, dass in unserem Kanton aus kurzfristigen wahlpolitischen Überlegungen die Abbruch zum Zug kommt.

- **Philipp Hadorn** wird auf unsere Positionen in der Wirtschaftspolitik eingehen. Das Wort Industriepolitik darf man ja in unserem Kanton fast nicht in den Mund nehmen, dafür schreien dann alle lauthals auf, wenn ein weiteres Rückgrat unserer kantonalen Wirtschaft wegbricht. Wir haben Vorschläge für eine Industriepolitik eingebracht und wir stehen dazu.

- **Franziska Roth** wird sie über unsere Positionen zur Bildungspolitik informieren. Wir verstehen uns als Reformpartei, gerade auch in der Bildungspolitik. Das heisst nun aber nicht, dass wir alles, was unter Reformen läuft, gutheissen – und schon gar nicht unkoordinierte, unbedachte und wenig priorisierte Umsetzungen dieser Reformen.

- **Peter Schafer**, nebenbei auch noch Sozialdirektor der Stadt Olten, wird Ihnen aufzeigen, wie in unserem föderalistischen Gesetzesrevisionen auf Bundesebene – hier z.B. in der Arbeitslosenversicherung - Auswirkungen auf unseren Kanton haben und Massnahmen erfordern.

- **Franziska Burkhalter** schliesslich wird ihnen sagen, dass angesichts der Umwälzungen im Gesundheitswesen das Personal ein zentraler Faktor ist, wenn wir Qualität fordern und beibehalten wollen. Dem haben wir uns angenommen, das wird aber weiterhin ein Thema bleiben.

- **Urs Huber** widmet sich der Energiepolitik, die ja seit einem halben Jahr an Aktualität gewonnen hat. Urs Huber wird zeigen, dass wir das, was jetzt alle fordern, schon immer gefordert haben: Ausstieg aus der Atomenergie. Förderung

der erneuerbaren Energien. Das haben wir –gerade auch mit Vorstössen – im Kantonsrat immer wieder bewiesen. In der vergangenen Session hat sich gezeigt, dass sich diesbezüglich in unserem Kanton nichts geändert hat: 55 Kantonsräte haben im März 2007 den Vorstoss für ein neues AKW im Niederamt unterzeichnet, 56 haben diesem Anliegen im Oktober 2007 bei der Behandlung zugestimmt, 57 haben jetzt eine Abschreibung abgelehnt; und keiner jener Kantonsräte, die damals unterschrieben haben, und jetzt noch im Rat ist, hat seine Meinung geändert. Im Atomkanton Solothurn ticken die Uhren offenbar immer noch anders.

Noch ein Wort in eigener Sache: Der heutige Auftritt ist mein letzter in meiner Funktion als Fraktionspräsident. Ich habe dieses Amt seit Dezember 2003, also seit mehr als siebeneinhalb Jahren ausgeübt. Das ist eine lange Zeit, die mir sehr viel Freude bereitet hat, die mich aber auch gefordert hat. Mir ist bewusst geworden, dass in unserem Kanton die SP im Schlafwagen zu keinem Erfolg kommt. Jeder Auftrag und jeder Antrag, die man durchbringen will, jede Wahl im Kantonsrat, die man gewinnen will, bedeuten harte Arbeit. Meine Fraktion hat mich dabei immer ausgezeichnet unterstützt, dafür danke ich ihr, und diese Unterstützung hat auch einige Erfolge möglich gemacht. Schon vor einem Jahr habe ich meiner Fraktion angekündigt, dass ich nun den Stab übergeben möchte. Interimistisch übernimmt nun Jean-Pierre Summ meine Aufgaben. Ihm wünsche ich dabei viel Erfolg.

Interimspräsident der SP-Fraktion ab 1. Juli 2011

Jean-Pierre Summ, Kantonsrat
Dorfstrasse 41
2544 Bettlach
032 644 28 28
076 376 66 38
summjp@bluewin.ch

Finanzen

Susanne Schaffner, Olten, Kantonsrätin und Präsidentin der Finanzkommission

Unser Kanton lebt nach all den Jahren des Sparens nicht auf grossem Fuss, so dass **Leistungsverbesserungen** in den letzten Jahren nötig und angesichts der guten Finanzlage wieder möglich gewesen sind. Von der SP unterstützte Investitionen waren gegen alle Unkenrufe verkraftbar, ohne dass das Haushaltbudget überlastet worden wäre: Verbesserungen im Bildungsbereich, im Sozial- und Gesundheitsbereich, mehr Unterstützung vom Kanton für die kleinen und mittleren sowie Agglomerations- Gemeinden auch im Hinblick auf die Neugestaltung des direkten Finanzausgleichs. Rückblickend betrachtet, hätten wir mehr erreichen wollen, jedoch die politische Mehrheit des Kantonsrates hat auch in den guten Jahren wiederholt gemahnt, es müsse Eigenkapital angespart und Schulden abgebaut werden, die schlechten Zeiten würden dann noch kommen.

Die SP-Fraktion hat sich gegen unnötige Steuerentlastungen für die Reichen gewehrt, so bei den Anpassungen an die **Unternehmenssteuerreform II**. Leider erfolglos. Manch einer der damaligen Verfechter all dieser unnötigen Entlastungen würde heute wohl unseren Argumenten folgen. Wenigstens haben wir aber verhindern können, dass man diese Steuerreform auch gleich noch auf dem Buckel der Alleinerziehenden ausgeführt hat. Die SP Fraktion hat sich erfolgreich für die Familien und gegen ungerechte Steuererhöhungen für Alleinerziehende eingesetzt.

Die SP-Fraktion lehnt Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen beim öffentlichen Personal ab. Voreilige und überhöhte Rentenkürzungen, wie sie der Regierungsrat nun durch die **Senkung des Umwandlungssatzes** bei den Renten der Kantonalen Pensionskasse vorsieht, gehen zu weit. Die Sanierung der Deckungslücke der Pensionskasse verlangt eine umfassende Auslegeordnung und darf schlussendlich nicht dem Personal alleine aufgelastet werden.

Der Finanzplan rechnet für 2012 und die Folgejahre bereits mit Defiziten von jeweils mehr als 140 Millionen Franken. Dafür verantwortlich sind vor allem nichtbeeinflussbare Mehrausgaben für ausserkantonalen Spitalbehandlungen und der Wegfall der Einnahmen aus den Nationalbankgewinnen. Aber auch die Wirtschaftskrise, die Eurokrise und die Steuersenkungen der vergangenen Jahre werden bei den Steuererträgen der juristischen Personen ab dem Jahr 2012 ebenfalls Einbussen zur Folge haben.

Die SP-Fraktion ist darum besorgt, mit welcher Verantwortungslosigkeit nun Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus allen bürgerlichen Fraktionen **Steuersenkungen von 10 bis 15 %** verlangen, d.h. 50 – 85 Millionen weniger Einnahmen pro Jahr in Kauf nehmen wollen. All die Mahner in den guten Zeiten haben nun offenbar angesichts des angesparten Eigenkapitals jedes Mass verloren, wenn es auf die schlechten Zeiten zugeht.

Um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen, müssten für das Jahr 2012 Einsparungen in der Höhe bis zu 200 Millionen Franken realisiert werden - doppelt so viel wie in den harten Sanierungsprogrammen der 90-Jahre. Massive Einschnitte im kantonalen Leistungsangebot wären die Folge: Investitionen in Bildung, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien. Auch die Gemeinden wären betroffen, der neue Finanzausgleich für die Gemeinden wäre gefährdet. Als Folge dieser Sparmassnahmen hätten die kleinen und mittleren Einkommen massive

Leistungseinbussen in Kauf zu nehmen - einzig die Reichen würden wie bereits bei den letzten Steuergesetzrevisionen profitieren.

Die SP-Fraktion wird sich daher mit allen Kräften gegen weitere Entlastung der Reichen und **gegen eine Belastung sprich einen Leistungsabbau** für die kleinen und mittleren Einkommen wehren. Der Mittelstand ist bis heute nicht in den Genuss von wesentlichen Steuerentlastungen gekommen und wird in keiner Art und Weise von solchen Hauruckübungen, welche vor den Wahlen den Budgetierungsprozess beeinflussen wollen, profitieren.

Die Attraktivität eines Kantons definiert sich nicht zuerst auf Grund der Steuerbelastung. Massgebend ist vielmehr, wieviel ein **Haushalt nach Abzug der Fixkosten** (Wohnkosten, Krankenkasse, Energiekosten, Steuern) zur Verfügung hat. Massgebend ist auch, welches Angebot ein Wohnort bezüglich Infrastruktur, Bildung und Wohnqualität zu bieten hat. Hier steht der Kanton Solothurn in den vordersten Rängen. Diese Qualität will die SP-Fraktion nicht mit einer kurzfristig Steuersenkungspolitik mit langfristig verheerenden Folgen aufs Spiel setzen.



Wirtschaft

Philipp Hadorn, Gerlafingen, Kantonsrat und Gewerkschafter

Unsere Vision

„Für ALLE statt für WENIGE“ bringt die Vision der Wirtschaftsordnung, für welche auch die SP-Fraktion des Kantons SO sich unermüdlich einsetzt, in wenigen Worten auf den Punkt. Der demokratische Sozialismus verlangt nach einer Demokratisierung der Wirtschaft. Diese gesellschaftliche Wirtschaftsordnung setzt das Kollektiv in den Mittelpunkt und aktualisiert die Werte Solidarität, gerechte Verteilung und nachhaltiger Umgang mit beschränkten Ressourcen.

Lebensqualität für alle verbessern beinhaltet:

- **soziale und ökologische Leitplanken**
- **einen starken Service public**
- **das Recht auf würdige Arbeit in verändertem Umfeld.**

Unsere Vorstösse

In den vergangenen Monaten setzte die SP-Fraktion im kantonalen Parlament folgende Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik:

Arbeitsplatzsicherheit & Einhaltung der GAV: Vorstösse zum Nachweis der Einhaltung der GAV im Submissionswesen, stärkerer Gewichtung des Lehrlingswesens, Kampf der Schwarzarbeit und Ausbau des Arbeitnehmerschutzes soll Fairness zwischen den Mitbewerbern und Chancengleichheit bei den Anbietern ermöglichen. Die Sicherung guter Arbeitsplätze in unserem Kanton soll dabei im Vordergrund stehen. Davon profitiert auch der gute Handwerks-, Handel- und Gewerbebetrieb.

Lohngerechtigkeit: Die Diskussion zur Interpellation „Wie lange noch will der Regierungsrat Brady Dougans Lohn mitfinanzieren?“ brachte es zum Ausdruck: Die SP will den exorbitanten Löhnen Grenzen setzen. Die Mindestlohninitiative und die 1:12 Initiative zeigen zweckmässige und umsetzbare Leitplanken.

Landreserven: Die Beratung der Interpellation zum Landerwerb Borregaard stellt klar: Die SP begrüsst staatliches Engagement zur Sicherung von Landreserven, die gerade auch für die Ansiedlung und Entwicklung geeignet sind. Natürlich sind beim Vollzug solcher strategischer Entscheide die demokratischen Spielregeln strikte einzuhalten. Mit Nachdruck verlangte die SP, dass Firmen Anschlussgleise und künftige Infrastrukturbauten der Bahn mittels Landreserven in Richtplan und Raumplanung sichern.

Ressourcen für Basisindustrie: Der Staat hat als Service public die wirtschaftliche Energieversorgung zu sichern. Gerade die Basisindustrie leidet trotz enormer Investitionen zur Senkung des Energiebedarfs extrem unter den Folgen des liberalisierten Strommarktes. Die SP verlangt Staatseingriffe zur Stützung der in Bedrängnis geratenen Industrie.

Definition einer „Solithurnischen Industriepolitik“: Mit einer Interpellation provoziert die SP absichtlich die Regierung zur überfälligen Definition einer Solothurnischen Industriepolitik. Strategische Schwerpunkte und Ziele sollen einen klaren Wegweiser zur Entwicklung unseres Kantons darstellen.

Ausblick

Die SP-Fraktion wird auch in den kommenden Monaten konstruktiv und energisch zur Stärkung des Werkplatzes Kanton Solothurn beitragen, auch mit Schutz der KonsumentInnen und der Arbeitnehmenden. Ein effizienter Service public für Private und Industrie, sichergestellte Gleichstellung und ein schonender Umgang mit Ressourcen sind Eckpfeiler einer besseren Wirtschaftsordnung, in welcher der Mensch im Zentrum steht – für ALLE statt nur für Wenige.

Bildung

Franziska Roth, Solothurn, Kantonsrätin

Für die SP ist klar, dass das Bildungssystem auf jeder seiner Stufen einen Beitrag zum Abbau der sozialen Ungleichheit leisten kann – vorausgesetzt, dass in den Ausbau und die Qualität der Bildungsvermittlung genügend Mittel investiert werden. Nur motivierte gut ausgebildete Lehrende können den Lernenden eine nachhaltige Bildungsperspektive bieten.

Das Bildungssystem kann aber allein selbst im optimalen Fall nur die sozialen Ungleichheiten dämpfen, aber nicht überwinden. Deshalb ist die Fahrt durch die Bildungslandschaft für die SP immer auf zwei Gleisen zu vollziehen, denn für uns ist Bildungspolitik integrierter Bestandteil der gewerkschaftlichen Kernaufgaben. Wir sehen uns denn auch als Lokomotive in Sachen kantonaler Bildungsanliegen und können auf diesen zwei „Schienen“ eine positive Bilanz ihrer bisherigen Aktivitäten auf kantonaler Ebene ziehen.

Rückblickend dürfen folgende Bereiche als Erfolg der SP verbucht werden: Harnos, Schulische Integration, Klassengrösse Sek. B

Harnos: Von Beginn weg hat sich die SP für eine Harmonisierung der Volksschule über die Kantone hinweg stark gemacht. Es ist uns gelungen, sowohl im Kantonsrat, wie auch beim Stimmvolk mit einer sachlichen Aufklärung die Vorteile von Harnos aufzuzeigen. Wir reüssierten mit unserer Transparenz und das Stimmvolk erkannte, dass der Kanton Solothurn im interkantonalen Bildungs- Raiting weit fortgeschritten ist und Harnos bei uns nur wenig veränderte, unsere Schule optimiert und vor allem die Erziehungsverantwortung bei den Eltern belässt! Die uninformatierten, ewigen Bildungsstänkerer sehen das heute noch anders! Schade! Ich glaube es ist nicht überheblich, wenn wir behaupten, dass die SP die führende, treibende Kraft in bildungspolitischen Belangen ist und deshalb auch den Abstimmungserfolg bei der Harnosvorlage vor allem unserem roten Faden zu verdanken ist.

Schulische Integration: Die SP setzt sich stets für den Fortschritt in der Bildung ein und sieht es ungern, wenn andere Parteien, die sonst überall der Forschung Rechnung tragen, ausgerechnet bei der Bildung das Rad der Entwicklung 100 Jahre zurückdrehen wollen. Unser rotes Herz schlägt also klar für die Berücksichtigung der Bildungsforschung in den Reformprojekten und will eine qualitativ hochstehende Volksschule. Die Mutter aller Reformen, die Schulische Integration kam aber in einem derart undurchsichtigen Gewand daher und ihre Stimme versagte bei Antworten auf jede offene Frage subito oder machte den Kantonsrat zum Bock und das DBK (Departement für Bildung und Kultur) selber wusch seine Hände in Unschuld, dass wir für einmal mit einer unheiligen Allianz das Verordnungs veto ergreifen mussten, damit die für uns bildungspolitisch wie auch gesellschaftlich zentrale Reform der Integration im Bereich Schule nicht zu scheitern droht. Der SP ging es mit dem Veto nicht um eine Erhöhung der Anzahl Poolstunden! Wir wollten schlicht und einfach verhindern, dass eine unausgegrenzte Umsetzung des Gesetzes festgeschrieben wird. Das DBK hat nach dem Veto schnell reagiert, den zugespielten Ball wieder aufgenommen und mit konkreten Verbesserungen auch die Verbände und somit die Lehrpersonen und Schulleiterinnen und Schulleiter wieder ins Boot geholt. Der neue Schulversuch stellt aus der Sicht der SP einen gangbaren und richtigen Weg dar.

Klassengrösse: Allgemein gilt, dass kleinere Klassen den Unterricht nicht automatisch verbessern, aber ohne Zweifel hat die Lehrperson bei kleineren

Klassen mehr Zeit für die Betreuung des einzelnen Jugendlichen zur Verfügung. Eine der anspruchvollsten Stufen in der Volksschule ist durch die Sek. 1 Reform die Sek. B. Stichworte sind hier Migrationshintergrund, Bildungsfernes Umfeld, Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeit. Mit der Lancierung des Auftrages für kleinere Klassengrösse auf der Sekundarstufe B. geben wir den Lehrpersonen mehr Zeit, die Jugendlichen individuell und gut auf das Berufsleben vorzubereiten.

Ausblick: Wer jetzt meint, dass „Nach getaner Arbeit gut ruhen ist!“ der liegt falsch. Die SP wird mit Argusaugen die laufenden Reformprojekte begleiten und unterstützen, die Evaluationen durchleuchten und wird sich bei den Menschen, die darin arbeiten umhören und wenn nötig mit gezielten Vorstössen für eine hochstehende Qualität in der Volksschule sorgen.

Konkrete Aktivitäten sind zudem im Bereich Frühförderung und Konzeption der schulärztlichen Arbeit in die Wege geleitet und zudem machen wir uns für eine interessante Ausbildung zur Lehrperson stark, die einerseits mehr Menschen motiviert, den Beruf zu ergreifen und so dem Lehrpersonenmangel entgegenwirken soll und andererseits auf keinen Fall eine Abbau der Unterrichtsqualität aufgrund eines JEKAMI zur Folge hat.

Soziales

Peter Schafer, Olten, Kantonsrat

Die soziale Sicherheit ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben des Staates!

Wirtschaftliche Unterstützung soll Anstoss und Hilfe für Menschen zur Selbsthilfe geben, auch dies ist immer noch aktuell.

Allgemeines zur Sozialhilfe

Wir befinden uns im vierten Jahr seit Inkrafttreten des neuen Sozialgesetzes des Kantons Solothurn. Dieses Sozialgesetz und die Verordnung dazu, regelt die Hilfe von in Not geratener Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons.

Mittlerweile sind alle Sozialregionen operativ tätig und haben die Arbeiten mehr oder weniger problemlos aufgenommen. Die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) Richtlinien geben die Unterstützungen vor und mit der verbindlichen Erklärung der Gegenleistung, wird dem Grundsatz: „Fördern und Fordern“ nach gelebt.

Dies führt natürlich dazu, dass der Gestaltungsspielraum der Sozialbehörde kleiner wird, respektive die einzelnen Gemeinden keine eigene Sozialpolitik mehr betreiben können.

Aus Sicht der SP ist dieser Weg folgerichtig, denn er garantiert kantonsweit gleiche Leistungen, Professionalität und schliesst Willkür aus.

Das revidierte Arbeitslosengesetz zeigt seine Krallen

Die neusten Zahlen des solothurnischen Amtes für Arbeit und Wirtschaft zeigen es in aller Deutlichkeit, das revidierte Arbeitslosengesetz zeigt unbarmherzig seine Krallen.

Während in den vergangenen Monaten immer um die rund 80 Personen ausgesteuert wurden, betrug diese Zahl Ende Mai 2011 sagenhafte 479 Personen! Die SP warnte immer vor dieser Gesetzesänderung, denn es trifft immer die Falschen. Darüber täuscht auch die von 2,6 auf 2,3% gesunkene Arbeitslosenquote nicht hinweg. Durch die Verkürzung des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung, sind die RAV Mitarbeitenden immer mehr gezwungen nur noch bei wenigen, ganz klaren Fällen Weiterbildungen anzubieten. Die restlichen Arbeitslosen lässt man Fallen. Die Erfahrung zeigt, dass dadurch 1/4 bis 1/3 dieser ausgesteuerten Menschen den Weg zum Sozialamt auf sich nehmen müssen und damit das Gemeindebudget belasten. Die SP ist mit dieser Entwicklung ganz klar nicht einverstanden.

Beitrag des Kantons Solothurn zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

Jedes Jahr dasselbe Bild, die Krankenkassenprämien steigen erneut! Die Gesundheitskosten laufen aus dem Ruder. Das Problem muss dringend und grundlegend angegangen werden, der Bundesrat ist gefordert. Das Kantonsparlament hat die Möglichkeit die Höhe der Prämienverbilligung festzulegen. Unsere Volksinitiative zur Prämienverbilligung wurde sowohl vom Kantonsrat, als auch von der Mehrheit der Stimmenden anfangs 2011 mit einem JA-Stimmenanteil von 40% abgelehnt. Die aus unserer Sicht ungerechten Kopfprämien können gemäss KVG mit der Prämienverbilligung abgedeckt werden. Die Vorgaben des Bundes sind klar. Die Gesundheitskosten – es geht nicht um alle Kosten, sondern nur um die Krankenkassenprämien – sollen maximal 8 Prozent betragen. Der Regierungsrat hat vorgeschlagen, dass für die

Prämienverbilligung 2011 der Kantonsbeitrag bei 80% des Bundesbeitrages festgelegt und wird was 54, 5 Mio. Fr. ausmacht. Die SP forderte immer 100% also 68,2 Mio. Fr.

Besonders für Kinder und junge Erwachsene sind die Krankenversicherungsprämien wieder deutlich gestiegen. Das belastet natürlich die **Familienbudgets** sehr stark. Die SP wollte die Familien und Menschen mit knappen finanziellen Mitteln nicht noch mehr belasten, sondern entlasten. In der kantonsrätlichen Abstimmung unterlag der SP Antrag dann leider deutlich mit 27 zu 69 Stimmen. Die Thematik ist aber nach wie vor aktuell, die SP bleibt an diesem Thema dran. Umso mehr als die Höhe der Krankenkassenverbilligung auch ein Indiz ist für das Kantonsrating, wo der Kanton Solothurn eben wegen dieser tiefen Subventionierung, 6 Ränge eingebüsst hat.

I 115/2009 Interpellation Fraktion SP: Massiver Anstieg der Krankenkassenprämien im Kanton Solothurn

VI 006/2010 Gesetzesinitiative für eine wirksame Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien

Gesundheit

Fränzi Burkhalter-Rohner, Biberist, Kantonsrätin

In unseren Legislaturzielen hat die SP Fraktion festgelegt, dass die Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen mit der guten Qualität der Institutionen, dem Zugang zu Leistungen und Finanzierbarkeit für alle erhalten bleiben. Denn der Staat trägt die Verantwortung für eine gute Gesundheitsversorgung und die Alterspflege. Die öffentlichen Spitäler sind die Flaggschiffe des Service public und sollen Eigentum des Kantons bleiben.

Unsere Anträge zielten in diese Richtung:

Gemäss dem Nationalen Versorgungsbericht droht bei den nichtuniversitären Gesundheitsberufen in der Schweiz ein **Mangel an Fachpersonen**. Dies bestätigte die Regierung in der Antwort auf eine Interpellation. Da nicht alle Institutionen ausbilden, haben wir in einem Auftrag gefordert, dass alle Betriebe (Spitex, Alters- und Pflegeheime und Spitäler) gesetzlich verpflichtet werden, bedarfsgerecht auszubilden. Dieser Auftrag wurde in der Juni Session überwiesen. Damit sollen sich alle an den Kosten der Aus- und Weiterbildung beteiligen.

- I 101/2009 Interpellation Trudi Küttel Zimmerli: Drohender Personalmangel im Gesundheitswesen
- A 070/2010 Auftrag Fränzi Burkhalter - Rohner: Sicherung von Ausbildungsplätzen im Gesundheitswesen

Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Einführung der **neuen Finanzierung in den Spitälern (SwissDRG)** sind gross. Viele Details sind noch ungeklärt. So darf es nicht sein, dass die Behandlungs- und Betreuungsqualität nach der Einführung sinkt. Aufgrund des stetigen Personalabbaus (Massnahmenpaket „Fit für 2012“) und den immer kürzere Spitalaufenthalten in der soH (Solothurner Spitäler AG) sind wir sehr skeptisch, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann. Wir fordern eine Begleitstudie damit problematische Veränderungen rechtzeitig erkannt und angegangen werden können. Wir erwarten auch, dass der Kanton beobachtet, wie sich die Einführung der SwissDRG (Swiss Diagnosis Related Groups ist das neue Tarifsystem für stationäre akutsomatische Spitalleistungen, das gemäss der letzten Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) die Vergütung der stationären Spitalleistungen nach Fallpauschalen schweizweit einheitlich regelt). Beim Fallpauschalen-System SwissDRG wird jeder Spitalaufenthalt anhand von bestimmten Kriterien, wie Hauptdiagnose, Nebendiagnosen, Behandlungen und Schweregrad, einer Fallgruppe zugeordnet und pauschal vergütet. (auf die Spitalaustritte auswirkt. Es darf nicht sein, dass Patientinnen und Patienten frühzeitig aus dem Spital entlassen werden die immer noch aufwendige Pflege im Ambulanten Bereich nicht übernommen werden kann, weil die Betriebsstrukturen (Nacht) nicht vorhanden sind und zu wenig Fachpersonal für immer aufwendigere Pflege zur Verfügung stehen.

Gerade die Hebammen rechnen mit kürzeren Aufenthalten nach einer normalen Geburt. Dies muss keine negativen Folgen haben, sondern kann sogar als ein Vorteil angesehen werden. Aber nur, wenn Neugeborene und ihre Mütter im Wochenbett zu Hause von einer freiberuflichen Hebamme betreut werden. Es gibt jedoch nicht genügend freiberufliche Hebammen. Hier haben wir nachgefragt,

wie die Situation im Kanton Solothurn aussieht. Die Antwort ist aber noch ausstehend.

- I 151/2009 Interpellation Fränzi Burkhalter- Rohner: Auswirkung und Einführung der DRG's
- K 063/2011 Kleine Anfrage Trudi Küttel Zimmerli: Sicherstellung der ambulanten Versorgung bei Neugeborenen und Mütter

Bei der neuen **Pflegefinanzierung**, die seit dem 1.1. 2011 in Kraft ist, erfragten wir, wie diese im Kanton ausgestaltet werden soll. In seiner Stellungnahme zeigte der Regierungsrat auf, dass die zusätzlichen Kosten auf die Leistungsbezüger abgewälzt werden sollen. Dies machen nicht alle Kantone so und war auch bei der Behandlung auf nationaler Ebene nicht so vorgesehen. Es darf nicht sein, dass angemessene Pflege von Menschen aus finanziellen Gründen nicht beansprucht wird. Der Regierungsrat hat nun letzte Woche vier verschiedene Modelle vorgestellt. Wir werden diese prüfen und uns für die Lösung einsetzen, die es allen Pflegebedürftigen ermöglicht, die benötigten Leistungen zu beziehen, unabhängig von deren finanzieller Situation. In einem Auftrag fordern wir, dass in der Spitex der zusätzliche Patientenbeitrag nicht erhoben wird. Dank Spitex können Betroffene länger zu Hause bleiben. Die Antwort des Regierungsrats zeigt auf, dass dieser einzig in der Kinderspitex überprüfen will, ob der zusätzliche Patientenbeitrag nicht erhoben werden soll. Dieser Auftrag wird noch ins Parlament kommen und dort besprochen werden.

- I 076/2010 Interpellation Fraktion SP: Neue Pflegefinanzierung: Bittere Pille für Pflegebedürftige und Gemeinden?
- A 152/2010 Auftrag Christine Bigolin Zjörjen: Kein zusätzlicher Patientenbeitrag für ambulante Pflegedienstleistungen (Spitex)

In einer dringlichen Interpellation hat die SP im Januar 2011 eine Übergangsverordnung zur **medizinischen Staatshaftung** gestoppt. Vorgesehen war, dass die soH die erste Beschwerdeinstanz sein sollte. Dies würde für die geschädigten Patienten zu der unmöglichen Situation führen, dass sie die schadenverursachende und beklagte so nicht nur sämtliche Beweismittel in der Hand hätte, sondern auch noch darüber sollte, ob ein Fehler vorliegt oder nicht! In einer Arbeitsgruppe wurde daraufhin ein anderes zweistufiges Verfahren definiert, das nicht als erste Instanz die soH vorsieht. Diese Lösung wird nun auch im **neuen Spitalgesetz** aufgenommen. Dieses neue Spitalgesetz war zur Beratung in der SOGEKO. Die SP hat Anträge gestellt, dass der Wettbewerb zwischen der soH und den Privatspitälern mit ähnlichen Bedingungen ausgestaltet sind. Die Kommission stimmte immerhin dem Antrag zu, dass auch in Privatspitälern die Bedingungen des GAV's gelten sollen. Dies führt zu einem Schutz des Personals.

- ID 008/2011 Dringliche Interpellation SP Fraktion: Medizinische Staatshaftung – Beurteilen im Kanton Solothurn inskünftig die möglichen Verursacher von Schäden diese gleich als erstinstanzliche Richter?

Ausblick:

In der zweiten Hälfte der Legislatur werden wir folgende Schwerpunkte legen:

- Qualität nach 2012: Auswirkungen der Einführung der DRG's und der freien Spitalwahl
- Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen das Gesundheitspersonal (Abbau, Arbeit auf Abruf)

- Ist die Versorgungssicherheit durch Hausärzte im Kanton, vor allem in ländlichen Gebieten, gewährleistet?
- Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz.
- Ausgestaltung der neuen Pflegefinanzierung und des neuen Spitalgesetzes.
- Wirksame Prämienverbilligung
- Keine Sparübungen zu Gunsten einer zwei Klassenmedizin

Energie

Urs Huber, Obergösgen, Kantonsrat

Energiepolitik: Fördern und Energie sparen

Die SP des Kantons Solothurn steht bekanntlich schon lange für eine Energiepolitik, die in erneuerbare Energien investiert und das Energiesparen fördern will. Bereits 1987 kam eine entsprechende SP-Volksinitiative mit diesen Zielen zur Abstimmung, leider wurde diese abgelehnt, nachdem starker Widerstand aus Energiefirmen und bürgerlichen Kreisen den Teufel an die Wand malten.

Für das Förderprogramm Energieeffizienz und erneuerbare Energien

2009-2011 beantragte die SP-Fraktion am 3.12.2008 einen Verpflichtungskredit von 13'545'000.00 statt der dann beschlossenen CHF 8'325'000.00.

Am 16.12. forderte die SP-Fraktion in einem Antrag für den Legislaturplan 2009-13 „Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern“. Es sollte bei den kantonalen Gebäuden der Energieverbrauch überprüft und gesenkt werden. Neubauten nur nach Minergie P-Standard etc.

2011 ist die Situation so, dass wir es als absolute Notwendigkeit ansehen, eine neue Energiepolitik auch auf kantonaler Ebene zu lancieren. Nicht nur neu, sondern mit aller Kraft. Vieles ist seit langem im Gespräch, aber wird nur mit halber Kraft vorangetrieben.

Es müsste eine Selbstverständlichkeit werden, dass die öffentliche Hand, im speziellen der Kanton bei seinen Bauten Energiesparen und erneuerbare Energienutzung höchsten Stellenwert einräumt.

In Energieproduktion muss investiert werden. Da man den gleichen Franken nicht zweimal brauchen kann, ist es für die SP neben vielen anderen grundsätzlichen Überlegungen notwendig, dass das Richtplanverfahren und die Pläne für Gösgen 2 entsorgt werden. Und zwar möglichst schnell. Solange Alpiq, Axpo und BKW, etc. ihre milliardenschweren Kernkraftträumen nacheifern, werden sie nicht alternativ investieren. Deshalb fordert die SP eine Diskussion über die Eignerrolle der öffentlichen Hand bei Energiefirmen. Wer ist der Eigner und wer ist Befehlsempfänger, fragt man sich immer mehr. Es kann auch nicht sein, dass kurzfristige Gewinnmaximierung (Abgeltungen und Steuererträge der einzige Fokus ist)

Energie und Arbeitsplätze

Eine Energieversorgung mit erneuerbarer Energie ist für die SP nicht eine Arbeitsplatzbedrohung, sondern eine Arbeitsplatzchance. Erneuerbare Energien bieten ein gewaltiges Potential an langlebigen und innovativen Branchen, die nicht dem Unbill von Währungs- und Weltwirtschaftsschwankungen ausgesetzt sind. Stahlwerke und andere Betriebe sind nicht bedroht von Solarindustrie und Co., sondern werden ergänzt. Wenn die Kantonsregierung Aargau diese Chance erkennt und ergreifen will, sollte Solothurn nicht zögern.

Forderungen für die Zukunft

Der Kanton Solothurn soll eine Zukunft in erneuerbaren Energien haben. Uns ist dies so wichtig, dass wir diese Ziele auch in der Verfassung festgeschrieben haben wollen. (siehe Vorstoss Juni-Session 2011)

Der Kanton Solothurn soll eine eigenständige Energiepolitik betreiben und sich seine Energiepolitik nicht durch die Energieunternehmen diktieren lassen.

Das von der Regierung angedachte neue Energiekonzept ist ja schön und gut. Aber es kann nicht sein, dass darin nur wieder Vertreter der sogenannten

Energiewirtschaft mitreden können. sondern zb auch Swissscleantech, Umweltverbänden und Parteien.

Die Regierung müsste aktuell zu mehreren Vorstössen in Sachen Kernenergie Stellung nehmen (U.a. Richtplan und Ausstieg März-Session 2011) Uns scheint, dass diese Energie-Konzept-Diskussion vor allem dazu dient, nicht ordnungsgemäss (Beantwortung Vorstösse) und vor allem nicht vor den Wahlen konkret etwas unternehmen zu müssen. Die Regierung spielt auf Zeit und dies geht nicht.

Förderung von erneuerbaren Energien finanziell und personell massiv verstärken. Für die SP-Fraktion sind die aktuellen zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen absolut ungenügend. Bereits auf 2011 muss eine Reaktion erfolgen. Es geht uns dabei nicht darum, möglichst viel auszuschütten, sondern möglichst viel auszulösen.

Nehmen wir das Beispiel der **Solarenergie**: Zurzeit sind im Dorf Gretzenbach 2 Photovoltaikanlagen mit zusammen 500 kw auf Bauernhaus-Dächern geplant. Das sind mehr als vom Kanton in der ganzen Region Olten-Gösgen in den ersten 6 Monaten 2010 gefördert werden konnten! (total 28 Gesuche für installierte Leistung von 298 kw).

Im Gebäudebereich liegt ein gewaltiges Potential an Einsparungen und gleichzeitiger Nutzung erneuerbarer Energien. Strikte Vorgaben bei Neubauten und forciertes Aufrüsten bei Altbauten nützt Umwelt, Eigentümer und Gewerbe und Industrie.

Für erneuerbare Energien soll der Bewilligungsaufwand und die Kosten so tief wie möglich gehalten werden. Das bedeutet nicht, dass ausgerechnet die grossen Energiemultis freie Hand erhalten müssen.

Wichtig ist uns auch das Thema Mobilität und Raumplanung. Der Öffentliche Verkehr bringt einen haushälterischen Umgang mit Energie, unsere Siedlungsstrukturen müssen wieder kompakter werden.

Die SP-Fraktion wird zum Thema Energie noch viel unternehmen, das können wir Ihnen garantieren.

Erwähnte Vorstösse:

- SGB 151/2008 Antrag SP Fraktion zum Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien
- SGB 148/2009 Legislaturplan 2009-2013 Antrag SP-Fraktion Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern
- A 034/2011 Auftrag Fraktion SP: Richtplanverfahren für das neue KKN ist abzurechnen (22.03.2011)
- A 035/2011 Auftrag Fraktion SP: Ausstieg aus der Atomenergie (22.03.2011)
- A 101/2011 Auftrag Fabian Müller (SP, Balsthal): Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen (22.06.2011)
- A 105/2011 Auftrag Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen): Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung (22.06.2011)



SP-Fraktion/Legislaturhalbzeitbilanz Pressekonferenz vom 6. Juli 2011

Inhalt

Begrüssung	Markus Schneider
Finanzen	Susanne Schaffner-Hess
Wirtschaft	Philipp Hadorn
Bildung	Franziska Roth
Soziales	Peter Schafer
Gesundheit	Fränzi Burkhalter-Rohner
Energie	Urs Huber
Schluss	Jean-Pierre Summ

**FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE**

ja 

Begrüssung

Markus Schneider, Solothurn, Kantonsrat und Fraktionspräsident

Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienkonferenz, an der wir eine Halbzeitbilanz zur Legislatur 2009 bis 2013 ablegen. Wie Sie sicher mitbekommen haben, segelt unsere Partei mit dem Claim „Für alle statt für wenige“ in die Wahlen. Als Leitlinie gilt das für uns aber schon seit je

- Wir orientieren uns inhaltlich an den Anliegen jenes Teils der Bevölkerung mit mittleren und tiefen Einkommen. Mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Kaufkraft, ein gutes und bezahlbares Gesundheitswesen, mehr und bessere Bildung waren schon in der letzten Legislatur unsere Anliegen und mit ihnen sind wir auch zu den letzten kantonalen Wahlen angetreten.

- „Für alle statt für wenige“ heisst aber auch, dass wir zu allen politischen Themen Ideen haben und Lösungsvorschläge anbieten und uns nicht nur auf jene Themen beschränken, die gerade en vogue sind, und in diesen Politikbereichen vertreten wir unsere Auffassungen mit einer grossen Konstanz. Voraussetzungen dafür sind: klare und Zielsetzungen, frühzeitiges Benennen der Probleme und schliesslich berechenbare und verlässliche Forderungen. Das bewahrt uns davor, Demokratie mit Demoskopie zu verwechseln und - so wie wir das bei anderen Parteien sehen - als inhaltliche und programmatische Wanderdünen zu funktionieren.

Im Sinne dieser Ausrichtung setzten wir in den verschiedensten Bereichen Akzente, worauf meine FraktionskollegInnen eingehen werden:

- **Susanne Schaffner** wird Ihnen unsere Positionen zur Finanzpolitik darlegen und Ihnen zeigen, dass unsere Haltung Kontinuität aufweist und dass dies gerade auch die die kantonale Finanzpolitik braucht. Wir sind dagegen, dass in unserem Kanton aus kurzfristigen wahlpolitischen Überlegungen die Abbruch zum Zug kommt.

- **Philipp Hadorn** wird auf unsere Positionen in der Wirtschaftspolitik eingehen. Das Wort Industriepolitik darf man ja in unserem Kanton fast nicht in den Mund nehmen, dafür schreien dann alle lauthals auf, wenn ein weiteres Rückgrat unserer kantonalen Wirtschaft wegbricht. Wir haben Vorschläge für eine Industriepolitik eingebracht und wir stehen dazu.

- **Franziska Roth** wird sie über unsere Positionen zur Bildungspolitik informieren. Wir verstehen uns als Reformpartei, gerade auch in der Bildungspolitik. Das heisst nun aber nicht, dass wir alles, was unter Reformen läuft, gutheissen – und schon gar nicht unkoordinierte, unbedachte und wenig priorisierte Umsetzungen dieser Reformen.

- **Peter Schafer**, nebenbei auch noch Sozialdirektor der Stadt Olten, wird Ihnen aufzeigen, wie in unserem föderalistischen Gesetzesrevisionen auf Bundesebene – hier z.B. in der Arbeitslosenversicherung - Auswirkungen auf unseren Kanton haben und Massnahmen erfordern.

- **Franziska Burkhalter** schliesslich wird ihnen sagen, dass angesichts der Umwälzungen im Gesundheitswesen das Personal ein zentraler Faktor ist, wenn wir Qualität fordern und beibehalten wollen. Dem haben wir uns angenommen, das wird aber weiterhin ein Thema bleiben.

- **Urs Huber** widmet sich der Energiepolitik, die ja seit einem halben Jahr an Aktualität gewonnen hat. Urs Huber wird zeigen, dass wir das, was jetzt alle fordern, schon immer gefordert haben: Ausstieg aus der Atomenergie. Förderung

der erneuerbaren Energien. Das haben wir –gerade auch mit Vorstössen – im Kantonsrat immer wieder bewiesen. In der vergangenen Session hat sich gezeigt, dass sich diesbezüglich in unserem Kanton nichts geändert hat: 55 Kantonsräte haben im März 2007 den Vorstoss für ein neues AKW im Niederamt unterzeichnet, 56 haben diesem Anliegen im Oktober 2007 bei der Behandlung zugestimmt, 57 haben jetzt eine Abschreibung abgelehnt; und keiner jener Kantonsräte, die damals unterschrieben haben, und jetzt noch im Rat ist, hat seine Meinung geändert. Im Atomkanton Solothurn ticken die Uhren offenbar immer noch anders.

Noch ein Wort in eigener Sache: Der heutige Auftritt ist mein letzter in meiner Funktion als Fraktionspräsident. Ich habe dieses Amt seit Dezember 2003, also seit mehr als siebeneinhalb Jahren ausgeübt. Das ist eine lange Zeit, die mir sehr viel Freude bereitet hat, die mich aber auch gefordert hat. Mir ist bewusst geworden, dass in unserem Kanton die SP im Schlafwagen zu keinem Erfolg kommt. Jeder Auftrag und jeder Antrag, die man durchbringen will, jede Wahl im Kantonsrat, die man gewinnen will, bedeuten harte Arbeit. Meine Fraktion hat mich dabei immer ausgezeichnet unterstützt, dafür danke ich ihr, und diese Unterstützung hat auch einige Erfolge möglich gemacht. Schon vor einem Jahr habe ich meiner Fraktion angekündigt, dass ich nun den Stab übergeben möchte. Interimistisch übernimmt nun Jean-Pierre Summ meine Aufgaben. Ihm wünsche ich dabei viel Erfolg.

Interimspräsident der SP-Fraktion ab 1. Juli 2011

Jean-Pierre Summ, Kantonsrat
Dorfstrasse 41
2544 Bettlach
032 644 28 28
076 376 66 38
summjp@bluewin.ch

Finanzen

Susanne Schaffner, Olten, Kantonsrätin und Präsidentin der Finanzkommission

Unser Kanton lebt nach all den Jahren des Sparens nicht auf grossem Fuss, so dass **Leistungsverbesserungen** in den letzten Jahren nötig und angesichts der guten Finanzlage wieder möglich gewesen sind. Von der SP unterstützte Investitionen waren gegen alle Unkenrufe verkraftbar, ohne dass das Haushaltbudget überlastet worden wäre: Verbesserungen im Bildungsbereich, im Sozial- und Gesundheitsbereich, mehr Unterstützung vom Kanton für die kleinen und mittleren sowie Agglomerations- Gemeinden auch im Hinblick auf die Neugestaltung des direkten Finanzausgleichs. Rückblickend betrachtet, hätten wir mehr erreichen wollen, jedoch die politische Mehrheit des Kantonsrates hat auch in den guten Jahren wiederholt gemahnt, es müsse Eigenkapital angespart und Schulden abgebaut werden, die schlechten Zeiten würden dann noch kommen.

Die SP-Fraktion hat sich gegen unnötige Steuerentlastungen für die Reichen gewehrt, so bei den Anpassungen an die **Unternehmenssteuerreform II**. Leider erfolglos. Manch einer der damaligen Verfechter all dieser unnötigen Entlastungen würde heute wohl unseren Argumenten folgen. Wenigstens haben wir aber verhindern können, dass man diese Steuerreform auch gleich noch auf dem Buckel der Alleinerziehenden ausgeführt hat. Die SP Fraktion hat sich erfolgreich für die Familien und gegen ungerechte Steuererhöhungen für Alleinerziehende eingesetzt.

Die SP-Fraktion lehnt Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen beim öffentlichen Personal ab. Voreilige und überhöhte Rentenkürzungen, wie sie der Regierungsrat nun durch die **Senkung des Umwandlungssatzes** bei den Renten der Kantonalen Pensionskasse vorsieht, gehen zu weit. Die Sanierung der Deckungslücke der Pensionskasse verlangt eine umfassende Auslegeordnung und darf schlussendlich nicht dem Personal alleine aufgelastet werden.

Der Finanzplan rechnet für 2012 und die Folgejahre bereits mit Defiziten von jeweils mehr als 140 Millionen Franken. Dafür verantwortlich sind vor allem nichtbeeinflussbare Mehrausgaben für ausserkantonalen Spitalbehandlungen und der Wegfall der Einnahmen aus den Nationalbankgewinnen. Aber auch die Wirtschaftskrise, die Eurokrise und die Steuersenkungen der vergangenen Jahre werden bei den Steuererträgen der juristischen Personen ab dem Jahr 2012 ebenfalls Einbussen zur Folge haben.

Die SP-Fraktion ist darum besorgt, mit welcher Verantwortungslosigkeit nun Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus allen bürgerlichen Fraktionen **Steuersenkungen von 10 bis 15 %** verlangen, d.h. 50 – 85 Millionen weniger Einnahmen pro Jahr in Kauf nehmen wollen. All die Mahner in den guten Zeiten haben nun offenbar angesichts des angesparten Eigenkapitals jedes Mass verloren, wenn es auf die schlechten Zeiten zugeht.

Um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen, müssten für das Jahr 2012 Einsparungen in der Höhe bis zu 200 Millionen Franken realisiert werden - doppelt so viel wie in den harten Sanierungsprogrammen der 90-Jahre. Massive Einschnitte im kantonalen Leistungsangebot wären die Folge: Investitionen in Bildung, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien. Auch die Gemeinden wären betroffen, der neue Finanzausgleich für die Gemeinden wäre gefährdet. Als Folge dieser Sparmassnahmen hätten die kleinen und mittleren Einkommen massive

Leistungseinbussen in Kauf zu nehmen - einzig die Reichen würden wie bereits bei den letzten Steuergesetzrevisionen profitieren.

Die SP-Fraktion wird sich daher mit allen Kräften gegen weitere Entlastung der Reichen und **gegen eine Belastung sprich einen Leistungsabbau** für die kleinen und mittleren Einkommen wehren. Der Mittelstand ist bis heute nicht in den Genuss von wesentlichen Steuerentlastungen gekommen und wird in keiner Art und Weise von solchen Hauruckübungen, welche vor den Wahlen den Budgetierungsprozess beeinflussen wollen, profitieren.

Die Attraktivität eines Kantons definiert sich nicht zuerst auf Grund der Steuerbelastung. Massgebend ist vielmehr, wieviel ein **Haushalt nach Abzug der Fixkosten** (Wohnkosten, Krankenkasse, Energiekosten, Steuern) zur Verfügung hat. Massgebend ist auch, welches Angebot ein Wohnort bezüglich Infrastruktur, Bildung und Wohnqualität zu bieten hat. Hier steht der Kanton Solothurn in den vordersten Rängen. Diese Qualität will die SP-Fraktion nicht mit einer kurzfristig Steuersenkungspolitik mit langfristig verheerenden Folgen aufs Spiel setzen.

Wirtschaft

Philipp Hadorn, Gerlafingen, Kantonsrat und Gewerkschafter

Unsere Vision

„Für ALLE statt für WENIGE“ bringt die Vision der Wirtschaftsordnung, für welche auch die SP-Fraktion des Kantons SO sich unermüdlich einsetzt, in wenigen Worten auf den Punkt. Der demokratische Sozialismus verlangt nach einer Demokratisierung der Wirtschaft. Diese gesellschaftliche Wirtschaftsordnung setzt das Kollektiv in den Mittelpunkt und aktualisiert die Werte Solidarität, gerechte Verteilung und nachhaltiger Umgang mit beschränkten Ressourcen.

Lebensqualität für alle verbessern beinhaltet:

- **soziale und ökologische Leitplanken**
- **einen starken Service public**
- **das Recht auf würdige Arbeit in verändertem Umfeld.**

Unsere Vorstösse

In den vergangenen Monaten setzte die SP-Fraktion im kantonalen Parlament folgende Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik:

Arbeitsplatzsicherheit & Einhaltung der GAV: Vorstösse zum Nachweis der Einhaltung der GAV im Submissionswesen, stärkerer Gewichtung des Lehrlingswesens, Kampf der Schwarzarbeit und Ausbau des Arbeitnehmerschutzes soll Fairness zwischen den Mitbewerbern und Chancengleichheit bei den Anbietern ermöglichen. Die Sicherung guter Arbeitsplätze in unserem Kanton soll dabei im Vordergrund stehen. Davon profitiert auch der gute Handwerks-, Handel- und Gewerbebetrieb.

Lohngerechtigkeit: Die Diskussion zur Interpellation „Wie lange noch will der Regierungsrat Brady Dougans Lohn mitfinanzieren?“ brachte es zum Ausdruck: Die SP will den exorbitanten Löhnen Grenzen setzen. Die Mindestlohninitiative und die 1:12 Initiative zeigen zweckmässige und umsetzbare Leitplanken.

Landreserven: Die Beratung der Interpellation zum Landerwerb Borregaard stellt klar: Die SP begrüsst staatliches Engagement zur Sicherung von Landreserven, die gerade auch für die Ansiedlung und Entwicklung geeignet sind. Natürlich sind beim Vollzug solcher strategischer Entscheide die demokratischen Spielregeln strikte einzuhalten. Mit Nachdruck verlangte die SP, dass Firmen Anschlussgleise und künftige Infrastrukturbauten der Bahn mittels Landreserven in Richtplan und Raumplanung sichern.

Ressourcen für Basisindustrie: Der Staat hat als Service public die wirtschaftliche Energieversorgung zu sichern. Gerade die Basisindustrie leidet trotz enormer Investitionen zur Senkung des Energiebedarfs extrem unter den Folgen des liberalisierten Strommarktes. Die SP verlangt Staatseingriffe zur Stützung der in Bedrängnis geratenen Industrie.

Definition einer „Solithurnischen Industriepolitik“: Mit einer Interpellation provoziert die SP absichtlich die Regierung zur überfälligen Definition einer Solothurnischen Industriepolitik. Strategische Schwerpunkte und Ziele sollen einen klaren Wegweiser zur Entwicklung unseres Kantons darstellen.

Ausblick

Die SP-Fraktion wird auch in den kommenden Monaten konstruktiv und energisch zur Stärkung des Werkplatzes Kanton Solothurn beitragen, auch mit Schutz der KonsumentInnen und der Arbeitnehmenden. Ein effizienter Service public für Private und Industrie, sichergestellte Gleichstellung und ein schonender Umgang mit Ressourcen sind Eckpfeiler einer besseren Wirtschaftsordnung, in welcher der Mensch im Zentrum steht – für ALLE statt nur für Wenige.

Bildung

Franziska Roth, Solothurn, Kantonsrätin

Für die SP ist klar, dass das Bildungssystem auf jeder seiner Stufen einen Beitrag zum Abbau der sozialen Ungleichheit leisten kann – vorausgesetzt, dass in den Ausbau und die Qualität der Bildungsvermittlung genügend Mittel investiert werden. Nur motivierte gut ausgebildete Lehrende können den Lernenden eine nachhaltige Bildungsperspektive bieten.

Das Bildungssystem kann aber allein selbst im optimalen Fall nur die sozialen Ungleichheiten dämpfen, aber nicht überwinden. Deshalb ist die Fahrt durch die Bildungslandschaft für die SP immer auf zwei Gleisen zu vollziehen, denn für uns ist Bildungspolitik integrierter Bestandteil der gewerkschaftlichen Kernaufgaben. Wir sehen uns denn auch als Lokomotive in Sachen kantonaler Bildungsanliegen und können auf diesen zwei „Schienen“ eine positive Bilanz ihrer bisherigen Aktivitäten auf kantonaler Ebene ziehen.

Rückblickend dürfen folgende Bereiche als Erfolg der SP verbucht werden:
Harmos, Schulische Integration, Klassengrösse Sek. B

Harmos: Von Beginn weg hat sich die SP für eine Harmonisierung der Volksschule über die Kantone hinweg stark gemacht. Es ist uns gelungen, sowohl im Kantonsrat, wie auch beim Stimmvolk mit einer sachlichen Aufklärung die Vorteile von Harmos aufzuzeigen. Wir reüssierten mit unserer Transparenz und das Stimmvolk erkannte, dass der Kanton Solothurn im interkantonalen Bildungs- Raiting weit fortgeschritten ist und Harmos bei uns nur wenig veränderte, unsere Schule optimiert und vor allem die Erziehungsverantwortung bei den Eltern belässt! Die uninformatierten, ewigen Bildungsstänkerer sehen das heute noch anders! Schade! Ich glaube es ist nicht überheblich, wenn wir behaupten, dass die SP die führende, treibende Kraft in bildungspolitischen Belangen ist und deshalb auch den Abstimmungserfolg bei der Harmosvorlage vor allem unserem roten Faden zu verdanken ist.

Schulische Integration: Die SP setzt sich stets für den Fortschritt in der Bildung ein und sieht es ungern, wenn andere Parteien, die sonst überall der Forschung Rechnung tragen, ausgerechnet bei der Bildung das Rad der Entwicklung 100 Jahre zurückdrehen wollen. Unser rotes Herz schlägt also klar für die Berücksichtigung der Bildungsforschung in den Reformprojekten und will eine qualitativ hochstehende Volksschule. Die Mutter aller Reformen, die Schulische Integration kam aber in einem derart undurchsichtigen Gewand daher und ihre Stimme versagte bei Antworten auf jede offene Frage subito oder machte den Kantonsrat zum Bock und das DBK (Departement für Bildung und Kultur) selber wusch seine Hände in Unschuld, dass wir für einmal mit einer unheiligen Allianz das Verordnungs veto ergreifen mussten, damit die für uns bildungspolitisch wie auch gesellschaftlich zentrale Reform der Integration im Bereich Schule nicht zu scheitern droht. Der SP ging es mit dem Veto nicht um eine Erhöhung der Anzahl Poolstunden! Wir wollten schlicht und einfach verhindern, dass eine unausgegrenzte Umsetzung des Gesetzes festgeschrieben wird. Das DBK hat nach dem Veto schnell reagiert, den zugespielten Ball wieder aufgenommen und mit konkreten Verbesserungen auch die Verbände und somit die Lehrpersonen und Schulleiterinnen und Schulleiter wieder ins Boot geholt. Der neue Schulversuch stellt aus der Sicht der SP einen gangbaren und richtigen Weg dar.

Klassengrösse: Allgemein gilt, dass kleinere Klassen den Unterricht nicht automatisch verbessern, aber ohne Zweifel hat die Lehrperson bei kleineren

Klassen mehr Zeit für die Betreuung des einzelnen Jugendlichen zur Verfügung. Eine der anspruchvollsten Stufen in der Volksschule ist durch die Sek. 1 Reform die Sek. B. Stichworte sind hier Migrationshintergrund, Bildungsfernes Umfeld, Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeit. Mit der Lancierung des Auftrages für kleinere Klassengrösse auf der Sekundarstufe B. geben wir den Lehrpersonen mehr Zeit, die Jugendlichen individuell und gut auf das Berufsleben vorzubereiten.

Ausblick: Wer jetzt meint, dass „Nach getaner Arbeit gut ruhen ist!“ der liegt falsch. Die SP wird mit Argusaugen die laufenden Reformprojekte begleiten und unterstützen, die Evaluationen durchleuchten und wird sich bei den Menschen, die darin arbeiten umhören und wenn nötig mit gezielten Vorstössen für eine hochstehende Qualität in der Volksschule sorgen.

Konkrete Aktivitäten sind zudem im Bereich Frühförderung und Konzeption der schulärztlichen Arbeit in die Wege geleitet und zudem machen wir uns für eine interessante Ausbildung zur Lehrperson stark, die einerseits mehr Menschen motiviert, den Beruf zu ergreifen und so dem Lehrpersonenmangel entgegenwirken soll und andererseits auf keinen Fall einen Abbau der Unterrichtsqualität aufgrund eines JEKAMI zur Folge hat.

Soziales

Peter Schafer, Olten, Kantonsrat

Die soziale Sicherheit ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben des Staates!

Wirtschaftliche Unterstützung soll Anstoss und Hilfe für Menschen zur Selbsthilfe geben, auch dies ist immer noch aktuell.

Allgemeines zur Sozialhilfe

Wir befinden uns im vierten Jahr seit Inkrafttreten des neuen Sozialgesetzes des Kantons Solothurn. Dieses Sozialgesetz und die Verordnung dazu, regelt die Hilfe von in Not geratener Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons.

Mittlerweile sind alle Sozialregionen operativ tätig und haben die Arbeiten mehr oder weniger problemlos aufgenommen. Die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) Richtlinien geben die Unterstützungen vor und mit der verbindlichen Erklärung der Gegenleistung, wird dem Grundsatz: „Fördern und Fordern“ nach gelebt.

Dies führt natürlich dazu, dass der Gestaltungsspielraum der Sozialbehörde kleiner wird, respektive die einzelnen Gemeinden keine eigene Sozialpolitik mehr betreiben können.

Aus Sicht der SP ist dieser Weg folgerichtig, denn er garantiert kantonsweit gleiche Leistungen, Professionalität und schliesst Willkür aus.

Das revidierte Arbeitslosengesetz zeigt seine Krallen

Die neusten Zahlen des solothurnischen Amtes für Arbeit und Wirtschaft zeigen es in aller Deutlichkeit, das revidierte Arbeitslosengesetz zeigt unbarmherzig seine Krallen.

Während in den vergangenen Monaten immer um die rund 80 Personen ausgesteuert wurden, betrug diese Zahl Ende Mai 2011 sagenhafte 479 Personen! Die SP warnte immer vor dieser Gesetzesänderung, denn es trifft immer die Falschen. Darüber täuscht auch die von 2,6 auf 2,3% gesunkene Arbeitslosenquote nicht hinweg. Durch die Verkürzung des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung, sind die RAV Mitarbeitenden immer mehr gezwungen nur noch bei wenigen, ganz klaren Fällen Weiterbildungen anzubieten. Die restlichen Arbeitslosen lässt man Fallen. Die Erfahrung zeigt, dass dadurch 1/4 bis 1/3 dieser ausgesteuerten Menschen den Weg zum Sozialamt auf sich nehmen müssen und damit das Gemeindebudget belasten. Die SP ist mit dieser Entwicklung ganz klar nicht einverstanden.

Beitrag des Kantons Solothurn zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

Jedes Jahr dasselbe Bild, die Krankenkassenprämien steigen erneut! Die Gesundheitskosten laufen aus dem Ruder. Das Problem muss dringend und grundlegend angegangen werden, der Bundesrat ist gefordert. Das Kantonsparlament hat die Möglichkeit die Höhe der Prämienverbilligung festzulegen. Unsere Volksinitiative zur Prämienverbilligung wurde sowohl vom Kantonsrat, als auch von der Mehrheit der Stimmenden anfangs 2011 mit einem JA-Stimmenanteil von 40% abgelehnt. Die aus unserer Sicht ungerechten Kopfprämien können gemäss KVG mit der Prämienverbilligung abgedeckt werden. Die Vorgaben des Bundes sind klar. Die Gesundheitskosten – es geht nicht um alle Kosten, sondern nur um die Krankenkassenprämien – sollen maximal 8 Prozent betragen. Der Regierungsrat hat vorgeschlagen, dass für die

Prämienverbilligung 2011 der Kantonsbeitrag bei 80% des Bundesbeitrages festgelegt und wird was 54, 5 Mio. Fr. ausmacht. Die SP forderte immer 100% also 68,2 Mio. Fr.

Besonders für Kinder und junge Erwachsene sind die Krankenversicherungsprämien wieder deutlich gestiegen. Das belastet natürlich die **Familienbudgets** sehr stark. Die SP wollte die Familien und Menschen mit knappen finanziellen Mitteln nicht noch mehr belasten, sondern entlasten. In der kantonsrätlichen Abstimmung unterlag der SP Antrag dann leider deutlich mit 27 zu 69 Stimmen. Die Thematik ist aber nach wie vor aktuell, die SP bleibt an diesem Thema dran. Umso mehr als die Höhe der Krankenkassenverbilligung auch ein Indiz ist für das Kantonsrating, wo der Kanton Solothurn eben wegen dieser tiefen Subventionierung, 6 Ränge eingebüsst hat.

I 115/2009 Interpellation Fraktion SP: Massiver Anstieg der Krankenkassenprämien im Kanton Solothurn

VI 006/2010 Gesetzesinitiative für eine wirksame Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien

Gesundheit

Fränzi Burkhalter-Rohner, Biberist, Kantonsrätin

In unseren Legislaturzielen hat die SP Fraktion festgelegt, dass die Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen mit der guten Qualität der Institutionen, dem Zugang zu Leistungen und Finanzierbarkeit für alle erhalten bleiben. Denn der Staat trägt die Verantwortung für eine gute Gesundheitsversorgung und die Alterspflege. Die öffentlichen Spitäler sind die Flaggschiffe des Service public und sollen Eigentum des Kantons bleiben.

Unsere Anträge zielten in diese Richtung:

Gemäss dem Nationalen Versorgungsbericht droht bei den nichtuniversitären Gesundheitsberufen in der Schweiz ein **Mangel an Fachpersonen**. Dies bestätigte die Regierung in der Antwort auf eine Interpellation. Da nicht alle Institutionen ausbilden, haben wir in einem Auftrag gefordert, dass alle Betriebe (Spitex, Alters- und Pflegeheime und Spitäler) gesetzlich verpflichtet werden, bedarfsgerecht auszubilden. Dieser Auftrag wurde in der Juni Session überwiesen. Damit sollen sich alle an den Kosten der Aus- und Weiterbildung beteiligen.

- I 101/2009 Interpellation Trudi Küttel Zimmerli: Drohender Personalmangel im Gesundheitswesen
- A 070/2010 Auftrag Fränzi Burkhalter - Rohner: Sicherung von Ausbildungsplätzen im Gesundheitswesen

Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Einführung der **neuen Finanzierung in den Spitälern (SwissDRG)** sind gross. Viele Details sind noch ungeklärt. So darf es nicht sein, dass die Behandlungs- und Betreuungsqualität nach der Einführung sinkt. Aufgrund des stetigen Personalabbaus (Massnahmenpaket „Fit für 2012“) und den immer kürzere Spitalaufenthalten in der soH (Solothurner Spitäler AG) sind wir sehr skeptisch, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann. Wir fordern eine Begleitstudie damit problematische Veränderungen rechtzeitig erkannt und angegangen werden können. Wir erwarten auch, dass der Kanton beobachtet, wie sich die Einführung der SwissDRG (Swiss Diagnosis Related Groups ist das neue Tarifsystem für stationäre akutsomatische Spitalleistungen, das gemäss der letzten Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) die Vergütung der stationären Spitalleistungen nach Fallpauschalen schweizweit einheitlich regelt). Beim Fallpauschalen-System SwissDRG wird jeder Spitalaufenthalt anhand von bestimmten Kriterien, wie Hauptdiagnose, Nebendiagnosen, Behandlungen und Schweregrad, einer Fallgruppe zugeordnet und pauschal vergütet. (auf die Spitalaustritte auswirkt. Es darf nicht sein, dass Patientinnen und Patienten frühzeitig aus dem Spital entlassen werden die immer noch aufwendige Pflege im Ambulanten Bereich nicht übernommen werden kann, weil die Betriebsstrukturen (Nacht) nicht vorhanden sind und zu wenig Fachpersonal für immer aufwendigere Pflege zur Verfügung stehen.

Gerade die Hebammen rechnen mit kürzeren Aufenthalten nach einer normalen Geburt. Dies muss keine negativen Folgen haben, sondern kann sogar als ein Vorteil angesehen werden. Aber nur, wenn Neugeborene und ihre Mütter im Wochenbett zu Hause von einer freiberuflichen Hebamme betreut werden. Es gibt jedoch nicht genügend freiberufliche Hebammen. Hier haben wir nachgefragt,

wie die Situation im Kanton Solothurn aussieht. Die Antwort ist aber noch ausstehend.

- I 151/2009 Interpellation Fränzi Burkhalter- Rohner: Auswirkung und Einführung der DRG's
- K 063/2011 Kleine Anfrage Trudi Küttel Zimmerli: Sicherstellung der ambulanten Versorgung bei Neugeborenen und Mütter

Bei der neuen **Pflegefinanzierung**, die seit dem 1.1. 2011 in Kraft ist, erfragten wir, wie diese im Kanton ausgestaltet werden soll. In seiner Stellungnahme zeigte der Regierungsrat auf, dass die zusätzlichen Kosten auf die Leistungsbezüger abgewälzt werden sollen. Dies machen nicht alle Kantone so und war auch bei der Behandlung auf nationaler Ebene nicht so vorgesehen. Es darf nicht sein, dass angemessene Pflege von Menschen aus finanziellen Gründen nicht beansprucht wird. Der Regierungsrat hat nun letzte Woche vier verschiedene Modelle vorgestellt. Wir werden diese prüfen und uns für die Lösung einsetzen, die es allen Pflegebedürftigen ermöglicht, die benötigten Leistungen zu beziehen, unabhängig von deren finanzieller Situation. In einem Auftrag fordern wir, dass in der Spitex der zusätzliche Patientenbeitrag nicht erhoben wird. Dank Spitex können Betroffene länger zu Hause bleiben. Die Antwort des Regierungsrats zeigt auf, dass dieser einzig in der Kinderspitex überprüfen will, ob der zusätzliche Patientenbeitrag nicht erhoben werden soll. Dieser Auftrag wird noch ins Parlament kommen und dort besprochen werden.

- I 076/2010 Interpellation Fraktion SP: Neue Pflegefinanzierung: Bittere Pille für Pflegebedürftige und Gemeinden?
- A 152/2010 Auftrag Christine Bigolin Zjörjen: Kein zusätzlicher Patientenbeitrag für ambulante Pflegedienstleistungen (Spitex)

In einer dringlichen Interpellation hat die SP im Januar 2011 eine Übergangsverordnung zur **medizinischen Staatshaftung** gestoppt. Vorgesehen war, dass die soH die erste Beschwerdeinstanz sein sollte. Dies würde für die geschädigten Patienten zu der unmöglichen Situation führen, dass sie die schadenverursachende und beklagte so nicht nur sämtliche Beweismittel in der Hand hätte, sondern auch noch darüber sollte, ob ein Fehler vorliegt oder nicht! In einer Arbeitsgruppe wurde daraufhin ein anderes zweistufiges Verfahren definiert, das nicht als erste Instanz die soH vorsieht. Diese Lösung wird nun auch im **neuen Spitalgesetz** aufgenommen. Dieses neue Spitalgesetz war zur Beratung in der SOGEKO. Die SP hat Anträge gestellt, dass der Wettbewerb zwischen der soH und den Privatspitälern mit ähnlichen Bedingungen ausgestaltet sind. Die Kommission stimmte immerhin dem Antrag zu, dass auch in Privatspitälern die Bedingungen des GAV's gelten sollen. Dies führt zu einem Schutz des Personals.

- ID 008/2011 Dringliche Interpellation SP Fraktion: Medizinische Staatshaftung – Beurteilen im Kanton Solothurn inskünftig die möglichen Verursacher von Schäden diese gleich als erstinstanzliche Richter?

Ausblick:

In der zweiten Hälfte der Legislatur werden wir folgende Schwerpunkte legen:

- Qualität nach 2012: Auswirkungen der Einführung der DRG's und der freien Spitalwahl
- Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen das Gesundheitspersonal (Abbau, Arbeit auf Abruf)

- Ist die Versorgungssicherheit durch Hausärzte im Kanton, vor allem in ländlichen Gebieten, gewährleistet?
- Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz.
- Ausgestaltung der neuen Pflegefinanzierung und des neuen Spitalgesetzes.
- Wirksame Prämienverbilligung
- Keine Sparübungen zu Gunsten einer zwei Klassenmedizin



Energie

Urs Huber, Obergösgen, Kantonsrat

Energiepolitik: Fördern und Energie sparen

Die SP des Kantons Solothurn steht bekanntlich schon lange für eine Energiepolitik, die in erneuerbare Energien investiert und das Energiesparen fördern will. Bereits 1987 kam eine entsprechende SP-Volksinitiative mit diesen Zielen zur Abstimmung, leider wurde diese abgelehnt, nachdem starker Widerstand aus Energiefirmen und bürgerlichen Kreisen den Teufel an die Wand malten.

Für das Förderprogramm Energieeffizienz und erneuerbare Energien

2009-2011 beantragte die SP-Fraktion am 3.12.2008 einen Verpflichtungskredit von 13'545'000.00 statt der dann beschlossenen CHF 8'325'000.00.

Am 16.12. forderte die SP-Fraktion in einem Antrag für den Legislaturplan 2009-13 „Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern“. Es sollte bei den kantonalen Gebäuden der Energieverbrauch überprüft und gesenkt werden. Neubauten nur nach Minergie P-Standard etc.

2011 ist die Situation so, dass wir es als absolute Notwendigkeit ansehen, eine neue Energiepolitik auch auf kantonaler Ebene zu lancieren. Nicht nur neu, sondern mit aller Kraft. Vieles ist seit langem im Gespräch, aber wird nur mit halber Kraft vorangetrieben.

Es müsste eine Selbstverständlichkeit werden, dass die öffentliche Hand, im speziellen der Kanton bei seinen Bauten Energiesparen und erneuerbare Energienutzung höchsten Stellenwert einräumt.

In Energieproduktion muss investiert werden. Da man den gleichen Franken nicht zweimal brauchen kann, ist es für die SP neben vielen anderen grundsätzlichen Überlegungen notwendig, dass das Richtplanverfahren und die Pläne für Gösgen 2 entsorgt werden. Und zwar möglichst schnell. Solange Alpiq, Axpo und BKW, etc. ihre milliardenschweren Kernkraftträumen nacheifern, werden sie nicht alternativ investieren. Deshalb fordert die SP eine Diskussion über die Eignerrolle der öffentlichen Hand bei Energiefirmen. Wer ist der Eigner und wer ist Befehlsempfänger, fragt man sich immer mehr. Es kann auch nicht sein, dass kurzfristige Gewinnmaximierung (Abgeltungen und Steuererträge der einzige Fokus ist)

Energie und Arbeitsplätze

Eine Energieversorgung mit erneuerbarer Energie ist für die SP nicht eine Arbeitsplatzbedrohung, sondern eine Arbeitsplatzchance. Erneuerbare Energien bieten ein gewaltiges Potential an langlebigen und innovativen Branchen, die nicht dem Unbill von Währungs- und Weltwirtschaftsschwankungen ausgesetzt sind. Stahlwerke und andere Betriebe sind nicht bedroht von Solarindustrie und Co., sondern werden ergänzt. Wenn die Kantonsregierung Aargau diese Chance erkennt und ergreifen will, sollte Solothurn nicht zögern.

Forderungen für die Zukunft

Der Kanton Solothurn soll eine Zukunft in erneuerbaren Energien haben. Uns ist dies so wichtig, dass wir diese Ziele auch in der Verfassung festgeschrieben haben wollen. (siehe Vorstoss Juni-Session 2011)

Der Kanton Solothurn soll eine eigenständige Energiepolitik betreiben und sich seine Energiepolitik nicht durch die Energieunternehmen diktieren lassen.

Das von der Regierung angedachte neue Energiekonzept ist ja schön und gut.

Aber es kann nicht sein, dass darin nur wieder Vertreter der sogenannten

Energiewirtschaft mitreden können. sondern zb auch Swisscleantech, Umweltverbänden und Parteien.

Die Regierung müsste aktuell zu mehreren Vorstössen in Sachen Kernenergie Stellung nehmen (U.a. Richtplan und Ausstieg März-Session 2011) Uns scheint, dass diese Energie-Konzept-Diskussion vor allem dazu dient, nicht ordnungsgemäss (Beantwortung Vorstösse) und vor allem nicht vor den Wahlen konkret etwas unternehmen zu müssen. Die Regierung spielt auf Zeit und dies geht nicht.

Förderung von erneuerbaren Energien finanziell und personell massiv verstärken. Für die SP-Fraktion sind die aktuellen zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen absolut ungenügend. Bereits auf 2011 muss eine Reaktion erfolgen. Es geht uns dabei nicht darum, möglichst viel auszuschütten, sondern möglichst viel auszulösen.

Nehmen wir das Beispiel der **Solarenergie**: Zurzeit sind im Dorf Gretzenbach 2 Photovoltaikanlagen mit zusammen 500 kw auf Bauernhaus-Dächern geplant. Das sind mehr als vom Kanton in der ganzen Region Olten-Gösgen in den ersten 6 Monaten 2010 gefördert werden konnten! (total 28 Gesuche für installierte Leistung von 298 kw).

Im Gebäudebereich liegt ein gewaltiges Potential an Einsparungen und gleichzeitiger Nutzung erneuerbarer Energien. Strikte Vorgaben bei Neubauten und forciertes Aufrüsten bei Altbauten nützt Umwelt, Eigentümer und Gewerbe und Industrie.

Für erneuerbare Energien soll der Bewilligungsaufwand und die Kosten so tief wie möglich gehalten werden. Das bedeutet nicht, dass ausgerechnet die grossen Energiemultis freie Hand erhalten müssen.

Wichtig ist uns auch das Thema Mobilität und Raumplanung. Der Öffentliche Verkehr bringt einen haushälterischen Umgang mit Energie, unsere Siedlungsstrukturen müssen wieder kompakter werden.

Die SP-Fraktion wird zum Thema Energie noch viel unternehmen, das können wir Ihnen garantieren.

Erwähnte Vorstösse:

- SGB 151/2008 Antrag SP Fraktion zum Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien
- SGB 148/2009 Legislaturplan 2009-2013 Antrag SP-Fraktion Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern
- A 034/2011 Auftrag Fraktion SP: Richtplanverfahren für das neue KKN ist abzurechnen (22.03.2011)
- A 035/2011 Auftrag Fraktion SP: Ausstieg aus der Atomenergie (22.03.2011)
- A 101/2011 Auftrag Fabian Müller (SP, Balsthal): Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen (22.06.2011)
- A 105/2011 Auftrag Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen): Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung (22.06.2011)